Nushası 5 Kruştur

ABONE
(Posta ücreti dahil olmak üzre)

	DAHİL İÇİN	HARİÇ İÇİN
Aylık	Türk lirası 1.50	R.M. 5.—
Üç aylık	„ „ 4.25	„ 13.—
Altı aylık	„ „ 8.—	„ 25.—
Bir senelik	„ „ 15.—	„ 50.—

yahut mukabili.

Haftada 6 defa çıkar.

İdarehane:
Tekke Caddesi No. 585 ve 587.
Telgraf adresi: Türkpost.
Telefon: 44.000.
Posta Kutusu: İstanbul 1269.

Türkische Post

Preis der Einzelnummer: 5 Kruş

BEZUGSPREISE

	Inland	Ausland
für 1 Monat	T. Pfd. 1.50	R.M. 5.—
„ 3 Monate	„ 4.25	„ 13.—
„ 6 Monate	„ 8.—	„ 25.—
„ 12 Monate	„ 15.—	„ 50.—

oder Gegenwert

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Geschäftsleitung:
Tekke-Caddesi Nr. 585-587.
Drahtanschr.: Türkpost
Fernsprecher 44.000.
Postfach: Istanbul 1269.

8. Jahrgang Nr. 286 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Istanbul, Mittwoch, 6. Dez. 1933

Empfänge bei Hindenburg

Berlin, 5. Dezember.

Der Reichspräsident empfing heute in Abschiedsaudienz den bisherigen Präsidenten und nunmehrigen Ehrenpräsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, v. Winterfeldt-Menkin, und anschließend den neuen Präsidenten Herzog Karl Eduard von Koburg-Gotha.

•

Der Reichspräsident empfing ferner zur Verabschiedung den bisherigen Untergeneralsekretär im Büro des Völkerbundes in Genf, Staatssekretär Dr. v. Trendelenburg, und den bisherigen deutschen Gesandten in Brüssel, Graf Lerchenfeld.

Gesandter v. Mackensen in Budapest

Budapest, 5. Dez. (A.A.)

Der neue deutsche Gesandte, Georg von Mackensen, ein Sohn des Generalfeldmarschalls, ist in Budapest eingetroffen.

Verhandlungen mit den Auslandsgläubigern

Berlin, 5. Dez. (A.A.)

Heute vormittag begannen unter dem Vorsitz des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht Verhandlungen mit den Vertretern der wichtigsten Gläubiger Deutschlands.

Deutsches Nachrichten-Büro Ges.m.b H.

Berlin, 5. Dezember.

Die heute abgehaltene Generalversammlung der Kontinentalen Telegrafenkompagnie Wolff's Telegrafisches Büro A. G. beschloß die Auflösung der Gesellschaft und die Umwandlung in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Im Anschluß daran wurde die „Deutsches Nachrichten-Büro" Ges. m. b. H. gegründet.

In den Aufsichtsrat der neuen Gesellschaft sind eingetreten als Vorsitzender Hugo Brückmann aus München, Bankier Hamel, Rechtsanwalt Reinhardt, Haupt. a. D. Weiß und Generaldirektor Fritsch.

Die Umsturzpläne der Kommunisten

50. Verhandlungstag im Reichstagsbrandprozeß

Leipzig, 5. Dezember.

Am heutigen 50. Verhandlungstage im Reichstagsbrandprozeß wurden die aus dem Prenzlauer Gefängnis vorgeführten Zeugen Felix und Hannemann verhört.

Bei dieser Vernehmung handelte es sich um die Erörterung des Sprengstoffdiebstahls vom 15. Februar. Als dieser Diebstahl am 1. März aufkam und die Polizei am 2. März alle Kommunisten in Freienwalde verhaftete, wurde der gestohlene Sprengstoff — es waren 17,5 kg Roburit II — in einem Erbbegräbnis versteckt und zwar in einem Kindersarg. Auch zahlreiche Waffen wurden in dem Erbbegräbnis verborgen.

In der Nachmittagsverhandlung wurde die Zeugenvernehmung fortgesetzt, die den Nachweis der kommunistischen Umsturztätigkeit mit neuen Beispielen aus der Mark Brandenburg erweiterte.

Es gelangte ferner ein Aktenauszug zur Verlesung, der über Giftmordversuche an SA.-Leuten handelte. Diese Giftmordversuche an der SA. waren schon von dem in der vorigen Woche als Zeuge vernommenen Kriminalkommissar Brosig aus Düsseldorf erwähnt worden.

„Kölnische Zeitung" beschlagnahmt

Berlin, 5. Dez. (A.A.)

Die heutige Ausgabe der „Kölnischen Zeitung" wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Vom „Ausschuss für Flüchtlingsfürsorge"

Lausanne, 5. Dezember.

Der internationale Ausschuß für deutsche Flüchtlinge trat in Lausanne zu seiner Eröffnungssitzung zusammen.

Oberkommissar Macdonald gab in seiner Ansprache bekannt, daß die Zahl der deutschen Emigranten auf etwa 51.000 geschätzt werde.

Davon befinden sich etwa 25,000 in Frankreich, 6.000 in Polen, je 5.000 in der Tschechoslowakei und in Holland, 3.000 in England und 2.500 in der Schweiz.

Englische Kriegsschuldenrate

London, 5. Dezember.

Im englischen Unterhaus gab der Schatzkanzler Noville Chamberlain bekannt, daß Großbritannien am 15. Dezember der amerikanischen Regierung eine Teilzahlung der Kriegsschulden in Dollar leisten werde.

Litwinoff reist über Berlin

Rom, 5. Dezember.

Der russische Außenminister Litwinoff ist heute abend aus Rom abgereist.

Vor seiner Abreise drückte Litwinoff seine Befriedigung über den gegenwärtigen Stand der russisch-italienischen Beziehungen aus.

•

Moskau, 5. Dezember.

Die Rückreise Litwinoffs nach Moskau erfolgt über Berlin und Warschau. In Berlin wird der russische Außenkommissar voraussichtlich kurzen Aufenthalt nehmen, dagegen ist eine Unterbrechung der Reise in Warschau nicht vorgesehen.

Entgegen anderslautenden Meldungen wird Litwinoff auf der Rückreise Wien nicht besuchen.

Keine Verhandlungen mit dem Vatikan

Vatikanstadt, 5. Dez (A.A.)

Von gut unterrichteten Kreisen der Vatikanstadt werden die Nachrichten, nach denen Litwinoff bei seinem Aufenthalt in Rom unmittelbar oder mittelbar mit den Vertretern des Heiligen Stuhls Fühlung genommen haben soll, als unzutreffend bezeichnet.

Eine Zusammenkunft zwischen Litwinoff und dem Papst selbst wurde schon immer für völlig ausgeschlossen gehalten.

Estland und Lettland ratifizieren den Pakt

über den Begriff des Angreifers

Moskau, 5. Dez. (A.A.)

Im Volkskommissariat für Auswärtieg Angelegenheiten legten gestern die bevollmächtigten Gesandten Estlands und Litauens die Ratifikationsurkunden des Abkommens über die Bestimmung des Begriffes des Angreifers nieder, das seinerzeit in London abgeschlossen wurde.

Nachdem das Abkommen bereits zwischen Rußland, Polen, Rumänien, Afganistan und Persien Gültigkeit erlangt hat, tritt es nunmehr auch zwischen diesen Staaten einerseits und Estland und Lettland andererseits in Kraft.

Kosten der „Abrüstung"

London, 5. Dez. (A.A.)

Auf eine Anfrage in der Kammer erklärte Sir John Simon, daß das Gehalt des Vorsitzenden der Abrüstungstagung, das aus dem Haushalt des Völkerbundes bestritten wird, 71.945 Schw. Fr. beträgt, die sich folgendermaßen zusammensetzen:

63.750 Schw. Fr. Grundgehalt,
4.130 Schw. Fr. Reisespesen,
4.065 Schw. Fr. Aufwandsentschädigung.

Dazu kommt ein Betrag von 41.484 Schw. Fr. für das Sekretariat des Vorsitzenden der Tagung.

Endgültige „Befeuchtung" Amerikas

Newyork, 5. Dezember.

Das für heute nachmittag erwartete förmliche Ende des amerikanischen Alkoholverbotes wird sich wahrscheinlich bis in die späten Abendstunden hinziehen, da das Parlament des Staates Utah beschlossen hat, erst heute abend zur Ratifizierung des Anullierungsgesetzes zusammenzutreten.

Da inzwischen auch Pennsylvanien die Ratifizierung beschlossen hat, ist nur noch der Unionsstaat Utah ausständig, um die Aufhebung des Alkoholverbotes in den Vereinigten Staaten allgemein in Kraft zu setzen.

Das Ergebnis dieser Abstimmung wird in ganz Amerika durch Lautsprecher verkündet werden.

Mehrere große Gaststätten in Newyork sind in ständiger telefonischer Verbindung mit dem Parlament von Utah, um das Ergebnis sofort ihren Gästen mitteilen zu können.

Die Brauindustrie hofft viele Tausende von Arbeitern einstellen zu können.

Vor Long-Island liegen eine ganze Reihe von Schiffen mit Zehntausenden von Fässern und Kisten mit Flaschenbier, die sofort nach der Aufhebung des Verbots zoll- und abgabenfrei an Land gebracht werden sollen.

•

Washington, 6. Dezember.

Auch der Staat Utah hat soeben ratifiziert.

Die Zuckerfabrik Eskischehir

im Beisein Kiasim Paschas und Ismet Paschas eröffnet

Eskischehir, 5. Dezember.

Heute fand die feierliche Eröffnung der dritten türkischen Zuckerfabrik, die zugleich eine der neuzeitlichsten Zukkerfabriken der Welt ist, im Beisein des Präsidenten der GNV., Kiasim Pascha, des Ministerpräsidenten Ismet Pascha, des Wirtschaftsministers Dschelal Bej und des Unterrichtsministers Hikmet Bej sowie zahlreicher Abgeordneten und geladener Gäste statt, die in einem Sonderzug um 3 Uhr nachmittags aus Ankara eintrafen.

Rede des Abgeordneten Redschep Süchtü Bej

Der Abgeordnete von Sinop, Redschep Süchtü Bej, der namens der Fabrik die Gäste begrüßte, betonte, daß die Türkei noch vor kaum 7 Jahren ihren ganzen Bedarf an Zucker aus dem Ausland beziehen und für 70—80.000 Tonnen Zucker, die sie jährlich einführte, an das Ausland 13—14.000.000 Türkpfund bezahlen mußte. Heute aber, nach der Eröffnung der dritten und auch wohl der größten türkischen Zuckerfabrik könne die Türkei mehr als drei Viertel ihres Jahresbedarfes im Inlande decken.

Ueber die wirtschaftliche Bedeutung der Zuckerindustrie betonte der Redner, daß in diesem Jahre rund 200.000 Bauern 500,000 Tonnen Zuckerrüben geerntet und dafür 6 bis 7.000.000 Türkpfund ausgezahlt bekommen hätten.

Ferner verwende die gegenwärtige türkische Zuckerindustrie jährlich mehr als 50.000 Tonnen Steinkohle aus dem Songuldaker Kohlenrevier und trage auf diese Weise zur Belebung der Kohlenwirtschaft durch Käufe im Werte von mehr als einer halben Million Türkpfund bei. Rund 500,000 Holzkisten für die Verpakkung von Zucker, die die heimische Holzindustrie liefere und 700,000 Tonnen Gütertransport auf den Eisenbahnen und türkischen Schiffen im Werte von 1,5 Mill. t. Pfd., die durch die Zuckerindustrie bedingt sei und die Gehälter und Löhne an die in der heutigen türkischen Zuckerindustrie beschäftigten Angestellten und Arbeiter stellten neben den 12.000,000 Türkpfund, die heute in der türkischen Zuckerindustrie investiert seien, wirtschaftliche Werte dar, die die Bedeutung der türkischen Zuckerindustrie klar erkennen lassen, wobei auch an die Nebenprodukte wie Sprit und Melasse gedacht werden müsse.

Redschep Süchtü Bej betonte dann, daß im vergangenen Jahre an derselben Stelle, an der sich heute eine der modernsten Arbeitsstätten der Türkei erhebe, kein einziger Stein errichtet gewesen sei.

Die Zuckerfabrik von Eskischehir gehöre den drei heimischen Banken, der Landwirtschafts-, der Isch- und der Sümerbank, die zu diesem Zwecke ein Kapital von 3.000.000 Türkpfund ausgeworfen hätten, während die Anlagen der Fabrik einen Wert von mehr als 4 Millionen Türkpfund darstellten, der im Laufe von einigen Jahren durch notwendige Neuanschaffungen und Ausbauten auf rund 6 Millionen Türkpfund steigen würde. Der Erfolg der türkischen Zuckerindustrie, bei der anfangs sogar die Vorarbeiten wie Beschaffung von Saatgut und Bestellung der Felder von den Fabriken selbst betrieben werden mußten, sei so ermutigend, daß man auch hinsichtlich der zahlreichen anderen Industrien, an deren Schaffung demnächst ebenfalls tatkräftig herangegangen werde, von den besten Hoffnungen auf das Gelingen erfüllt sein dürfe.

Ansprache des Ministerpräsidenten Ismet Pascha

Nach der Rede des Abgeordneten Redschep Süchtü Bej hielt Ismet Pascha folgende Ansprache:

„Kameraden! Das Werk, das Sie jetzt besichtigen werden, ist ein großartiges nationales Werk. Als man vor nunmehr sechs bis sieben Jahren an die Gründung einer Zuckerfabrik schritt, wurden für die Industrie besondere Schutzmaßnahmen in Angriff genommen.

Kameraden, wenn Länder mit rückständiger Industrie zur Schaffung vanFabriken schreiten, werden sie von Ländern mit fortgeschrittenen Industrien ausgelacht. Die Schaffung von Industrien in einem Lande ist nicht so leicht, wie man es gern sähe. Dafür sind Organisation und Kapital erforderlich. Die eifrigsten Anhänger geben in der Regel nach einigen Jahren voller Schwierigkeiten ihr Vorhaben auf. Wegen dieser Schwierigkeiten war es den Nationen mit rückständigen Industrien nicht möglich, große Industrien zu schaffen.

Kameraden, ich erfahre soeben, daß diese Fabrik ein Kapital von 3 Millionen Türkpfund besitzt und neue Arbeiten vorliegen, die die Anlage auf 6 Millionen erhöhen würden. Diese Fabrik ist so groß, daß sie eine kleine Stadt vollständig ernähren kann. Sie hat 1200 Arbeiter, und sie kann, einschließlich der Familienangehörigen rund 5—6000 Menschen ernähren. Sie sehen, welche glücklichen Leistungen hier vollbracht sind. Auch hinsichtlich der Maschinen und der Technik ist, um die Fabrik zu betreiben, bestehen zu lassen und zu erhalten die Aufwendung großer Mühen erforderlich. Hinsichtlich unserer Leistungsfähigkeit bei der Organisierung bestanden wir eine große Prüfung, indem wir ein solches Unternehmen von Grund auf neu schufen. Die leitenden Männer, die diese Anlagen ins Leben riefen und an deren Spitze arbeiten, sowie den Generaldirektor Redschep Süchtü Bej beglückwünsche ich hierzu.

Kameraden, Zucker erzeugende Länder verbrauchen überall in der Welt den Zucker zu teuren Preisen und führen in die anderen Länder Zucker zu billigen Preisen aus. Nicht nur im Industrieleben, sondern auch in der Landwirtschaft der betreffenden Länder wirkt sich diese Tatsache sehr fördernd und günstig aus.

Sie können sich kein Bild von den Schwierigkeiten machen, die wir bei der Errichtung der anderen Fabriken überwinden mußten. Durch Ausharren sind aber alle dieser Fabriken bereits soweit entwickelt, daß sie ihre Früchte tragen und uns ihrerseits zu diesem neuen Unternehmen ermutigt haben.

Kameraden, die Zuckerindustrie zählt zu unserer Großindustrie. Es gibt ein hoffnungsvolles Beispiel ab, diese Industrie erfolgreich ins Leben zu rufen. Infolge der Schwierigkeiten, die dadurch dem Fiskus entstehen, macht die Errichtung von Industrien die besondere Aufmerksamkeit und Beharrlichkeit der Bürger erforderlich. Sonst müßte man das Vorhaben aufgeben.

Völker, die ein hochentwickeltes Leben führen wollen, können dieses Vorhaben nicht aufgeben und werden es auch nicht aufgeben. (Beifall).

Um die Stellung zu behaupten, die uns unter den Nationen gebührt, muß die Industrie auf alle Fälle geschützt werden.

Das tiefe Empfinden, der feste Wille und die Entschlossenheit aller ausgezeichneten Persönlichkeiten, die aus allen Teilen des Landes hierhergekommen sind, bedeutet eine neue Gewähr für die Schaffung unserer Industrie. Ich beglückwünsche Sie dazu.

Nun wollen wir in Freude und Glück dieses schöne Werk besichtigen."

Russische Ehrung türkischer Industrieller

Moskau, 5. Dez. (A.A.)

Der Leiter des „Turkstroj", Solotareff, gab zu Ehren des Leiters der ersten türkischen Textilfabrik, Schewket Turgut Bej, und seines Vertreters Fachri Bej, ein Festessen, an dem die oberen Beamten des Kommissariats der Schwerindustrie und des Kommissariats des Aeußeren sowie der türkische Botschafter Ragip Bej teilnahmen.

Rücktritt des libanesischen Staatspräsidenten?

Beirut, 5. Dez. (A.A.)

Es geht das Gerücht, daß der Präsident der libanesischen Republik demnächst zurückzutreten beabsichtigt, was wahrscheinlich Neuwahlen und das Wiederinkrafttreten der libanesischen Verfassung zur Folge hätte.

Neue Kundgebungen der Zionisten gegen England

Warschau, 5. Dez. (A.A.)

Eine Gruppe Zionisten versuchte vor dem englischen Konsulat in Lemberg eine Kundgebung gegen die Beschränkung der jüdischen Einwanderung in Palästina zu veranstalten.

Die Polizei zerstreute die Demonstranten und verhaftete zwei Personen.

Bulgarischer Faschistentag

Sofia, 5. Dez. (A.A.)

Die Jahreshauptversammlung des bulgarischen Faschistischen Nationalrates trat gestern unter dem Vorsitz Stalinas zusammen. An der Versammlung nehmen rund 6.000 Vertreter der verschiedenen bulgarischen Provinzen in ihren Uniformen teil. Ebenso wohnen den Verhandlungen zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik und Geisteswelt bei.

Die Versammlung beschloß, den Kampf gegen alle bulgarischen Parteien fortzuführen. Mehrere Redner ergriffen das Wort und rühmten die Erfolge des italienischen Faschismus und des Ständestaates.

Das Kabinett Chautemps

Man schreibt uns aus Berlin:

In den achtzehn Monaten seit dem Wahlerfolg des Kartells der Linken hat Frankreich eine Häufung von Ministerkrisen erlebt, wie sie selbst in den bewegtesten Zeiten der parlamentarischen Geschichte der Dritten Republik nicht zu verzeichnen war. Das Kabinett, das von dem bisherigen Innenminister Chautemps gebildet worden ist, scheint ganz dazu angetan, die Reihe dieser kurzlebigen Kombinationen zu vermehren. Wer in dem Spiel der parlamentarischen Regeln noch den Sinn sucht, den sie zur Zeit ihrer Entstehung hatten, muß es paradox finden, daß der neue Ministerpräsident, genau wie seine Vorgänger, mit einem Kabinett vor die Kammer treten will, das an maßgebender Stelle alle die Männer aufweist, denen die Kammer erst vor wenigen Tagen ihr „Mißtrauen" bekundet hat. Aber auch wenn man nicht die klassischen Grundsätze der Zeit von Thiers und Guizot als Maßstab anlegt, sondern der Veräußerlichung des Parlamentarismus Rechnung trägt, muß man erkennen, daß die Aussichten des Kabinetts Chautemps sich unter den gegebenen Umständen noch ungünstiger darstellen, als die des gestürzten Kabinetts Sarraut, das immerhin rechts und links von seiner eigentlichen Grundlage Freundschaften besaß und von ihnen bei mehreren Abtimmungen getragen wurde.

Allerdings bezeichnet die neue Zusammenstellung eine Entwicklung, die sich vielleicht für eine spätere Klärung der Lage als vorteilhaft erweisen wird. Bei den Vorbesprechungen des neuen Ministerpräsidenten hat sich nämlich die Unmöglichkeit der Wiederherstellung der Linkskartelle ergeben, die Sarraut, wie erinnerlich, wenigstens in loser Form gelungen war. In der Sitzung der Vertreter der Linksgruppen, die dieser wichtigen Frage gewidmet war, schlug der Abgeordnete Renaudel die Ausarbeitung eines Finanzprogramms vor, das dem künftigen Regierungsführer unterbreitet werden sollte. Es ergab sich aber bei dieser Gelegenheit mit aller Deutlichkeit, daß zwischen den Sozialisten beider Schattierungen und den bürgerlichen Gruppen keine Einigung über die Mittel zur Deckung des Fehlbetrages möglich ist. Als Führer der Radikalen machte Herriot aus der Not eine Tugend, indem er erklärte, die Aufstellung eines Programmes sei nicht Sache der Gruppen, sondern müsse der Regierung überlassen bleiben. Jedenfalls ist die Beseitigung der Schwierigkeiten, an denen bisher drei Regierungen gescheitert sind, infolge der Forderungen der Sozialisten, die von allen anderen Gruppen als inflationistisch abgelehnt werden, nicht erreicht worden.

Der neue Ministerpräsident, der mit dem bisherigen Finanzminister Bonnet nun seinerseits diese Schwierigkeiten überwinden soll, ist sich mit der Mehrzahl der Verantwortlichen bewußt, daß die Statsfinanzen innerhalb der nächsten Wochen geordnet werden müssen, wenn bedenkliche Dinge, die schon jetzt die Oeffentlichkeit beunruhigen, vermieden werden sollen. Er hat offenbar den Mut zu seinem Regierungsexperiment aus der Hoffnung geschöpft, daß die Erkenntnis dieser Lage das Parlament an seine Verantwortung erinnern und es auf einige Zeit von der Fortsetzung der Ministerstürzerei abhalten wird. Dabei ergibt sich aber trotz allem die Frage, ob die Sozialisten sich mit den unpopulären Finanzmaßnahmen, die allem Anschein nach nicht zu umgehen sind, abfinden werden.

Wen das Kabiett Chautemps demnach nicht viel mehr bedeutet als eine geschäftsführende Regierung, deren finanzielle Sorgen alle anderen Probleme in den Hintergrund drängen, so hat es doch den Anlaß zum Wiederauftreten eines Politikers gegeben, der vielleicht allein in der Lage wäre, mit der gegenwärtigen Kammer auf längere Sicht zu regieren. Edouard Herriot hat zwar die Kabinettsbildung unter Berufung auf seine noch geschwächte Gesundheit für sich abgelehnt, aber gewissermaßen die Schutzherrschaft über Chautemps übernommen und ihm vor allem auf außenpolitischem Gebiet eine starke Rührigkeit in Aussicht gestellt. Ohne die ihm angetragene Würde eines Staatsmini-

Frankreich und die Saar

Die Frage des Verzichts auf die Volksabstimmung

Berlin, 5. Dezember.

Zur Saarfrage schreibt die „Deutsche Diplomatisch - Politische Korrespondenz":

„Im Zusammenhang mit der Einleitung direkter deutsch-französischer Verhandlungen über die Abrüstungsfrage und die gegenseitigen Beziehungen im Allgemeinen ist in der französischen Presse eine lebhafte Aussprache über ein Problem entstanden, das nach den wiederholten Erklärungen des deutschen Reichskanzlers die einzige wirkliche Konfliktsmöglichkeit zwischen Deutschland und Frankreich enthält, die Saarfrage. Das Saargebiet ist unzweifelhaft und unstreitig deutsches Land; das Deutsche Reich hat zu Gunsten eines befristeten internationalen Regimes dort auf die Verwaltung verzichtet, aber seine Souveränität ist damit nur der Ausübung, nicht der Substanz nach beschränkt, die Einwohner sind nach wie vor Deutsche; und sie sind es nicht nur im Sinne des Völkerrechts, der Abstammung und der Sprache, sondern auch und vor allem durch ihre Gesinnung, durch ihren Willen zur vollen Wiedereingliederung ihrer Heimat in das Reich. Die vergangenen Jahre der Fremdherrschaft an der Saar haben diesen Willen nicht erlahmen, sondern im Gegenteil immer klarer und bewußter hervortreten lassen, je näher das Ende des ihnen aufgezwungenen Schwebezustandes rückte. Die Haltung der Saarbevölkerung ist in dieser Hinsicht so entschieden, daß die landfremde Regierungskommission von Tag zu Tag größere Schwierigkeiten hat, die in Versailles geschaffene Fiktion eines mit seinem Sympathien und Interessen zwischen zwei Ländern schwankenden Gebietes aufrechtzuerhalten.

Frankreich hat an der Saar wirtschaftliche und politische Ziele verfolgt. Wirtschaftlich war die Auslieferung der preußischen und bayerischen Kohlengruben an den französischen Staat die von Frankreich geforderte „exemplarische Reparation" für die während des Krieges dem Bergbau in Nordfrankreich erwachsenen Schäden. Aber dieser Zweck und überhaupt die Zusammenarbeit dieses südwestdeutschen Industriegebietes mit der französischen Wirtschaft bedurfte und bedarf keines politisch-administrativen Experiments; die Errichtung eines Sonderregimes entsprach vielmehr dem französischen Wunsche, die Grenze über die Linie von 1870, ja, über diejenige von 1815 hinaus vorzuschieben. Da sich diese „historischen und gefühlsmäßigen" Ansprüche auf ein kleineres Gebiet bezogen als die wirtschaftlichen Interessen und Frankreich weder auf die einen noch auf die anderen verzichten wollte, wurde nach langen Kämpfen der Siegermächte untereinander die Lösung gefunden, die der Versailler Vertrag enthält. Die Veranlassung dazu, daß die Saarfrage zu einer internationalen Angelegenheit gemacht wurde, kam von Anfang an ausschließlich von Frankreich, das seine Forderungen den anderen Kontrahenten aufgedrängt hat. Die Einsetzung einer internationalen Verwaltung mit einer Volksabstimmung nach fünfzehn Jahren war, nachdem die einfache Annexion nicht hatte erreicht werden können, nichts anderes als eine Spekulation auf die Zukunft; aber diese Spekulation hat sich im Laufe der Jahre immer mehr als verfehlt herausgestellt. Die Volksabstimmung, die in fünfzehn Jahren zu einer Waffe gegen Deutschland geschmiedet werden sollte, wird zu einem überwältigenden deutschen Siege und zu einer entsprechenden Niederlage nicht nur des französischen Gedankens an der Saar, sondern der französischen Politik überhaupt führen. Es wird sich in einem eindrucksvollen historischen Akt und zugleich auf Prozente genau erweisen, wie erfolglos die französische Methode und wie unhaltbar das Versailler Regime gewesen sind.

Wenn jetzt in Frankreich der Gedanke eines Verzichts auf die Volksabstimmung erörtert wird, so würde dieser Verzicht zwar möglich und logisch sein, aber keineswegs einZugeständnis an Deutschland darstellen. Es könnte auch dem Saargebiet nicht mehr viel helfen, denn ein großer Teil des Restjahres würde noch von den Rückgabeverhandlungen ausgefüllt sein; höchstens könnte eine weitere Verschärfung der Gegensätze zwischen der Regierungskommission und der Bevölkerung vermieden werden, die durch das offizielle Hinarbeiten auf die Aufrechterhaltung des status quo zum Widerstand herausgefordert wird. Man weiß im Saargebiet und in ganz Deutschland sehr genau, daß der status quo allenfalls als vorübergehender Zustand erträglich ist, daß aber eine dauernde Zwangsverwaltung deutschen Landes einfach undenkbar ist, zumal dieser status quo nur ein Mäntelchen für die französische Herrschaft wäre. Frankreich, der einzige Interessent des gegenwärtigen Saarstatuts, greift schon jetzt durch den Völkerbund und die Regierungskommission unmittelbar in die Verhältnisse des Saargebiets ein und schafft dadurch jenseits der Locarno-Linie politische Reibungsflächen mit Deutschland. Das deutsch-französische Verhältnis würde sich, das bedarf keines Beweises, ohne diese Störungen wesentlich einfacher, vertrauensvoller und fruchtbarer gestalten".